Stand: 15.12.2025 19:33:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14639

"Digitale Lehre an bayerischen Hochschulen sichern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/14639 vom 05.12.2016
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14788 des WK vom 14.12.2016
- 3. Beschluss des Plenums 17/14848 vom 15.12.2016
- 4. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 15.12.2016



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

05.12.2016 Drucksache 17/14639

Antrag

der Abgeordneten **Georg Rosenthal**, **Isabell Zacharias**, **Martina Fehlner**, **Helga Schmitt-Bussinger SPD**

Digitale Lehre an bayerischen Hochschulen sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über den Anfang Oktober 2016 geschlossenen Rahmenvertrag zwischen der Verwertungsgesellschaft (VG) Wort und der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52a Urheberrechtsgesetz (UrhG) zu berichten.

Dabei sind folgende Aspekte zu beleuchten:

- Ist der Staatsregierung die Kritik der bayerischen Hochschulen am neuen Rahmenvertrag der VG Wort bekannt?
- Teilt die Staatsregierung die Auffassung der Hochschulen, dass die neue Regelung einen unverhältnismäßigen bürokratischen Arbeitsaufwand nach sich ziehen wird?
- Ist die Staatsregierung der Auffassung, dass diese neue Regelung einen positiven Einfluss auf die Digitalisierung von Lehre und Forschung an deutschen Hochschulen haben wird?
- Plant die Staatsregierung sich in Neuverhandlungen mit der VG Wort wieder für ein Vergütungsmodell nach der bewährten und von den Hochschulen geforderten Pauschalabrechnung einzusetzen?

Begründung:

Die Hochschulverbände Hochschule Bayern e.V. und der Hochschulen für angewandte Wissenschaften Baden-Württemberg e.V. haben bereits angekündigt, den Beitritt zum neuen Rahmenvertrag zur Nutzung urheberrechtlich geschützter Materialien in der digitalen Lehre, der zwischen Bund, Verwertungsgesellschaft (VG) Wort und Kultusministerkonferenz (KMK) geschlossen wurde, abzulehnen.

Die Vertreter der Hochschulen begründen ihre Entscheidung mit dem erhöhten Arbeitsaufwand und den damit verbundenen Kosten, die durch die neuen Regelungen entstehen würden. Konkret würde die bisherige pauschale Vergütung ab dem 1. Januar 2017 durch eine Einzelfallabrechnung ersetzt werden, wodurch die Hochschulen jeden, in einer Lehrveranstaltung verwendeten Textausschnitt bei der VG Wort melden müssten. Der daraus resultierende Arbeitsaufwand stünde, laut Hochschulen, in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen für Lehrende und Studierende. Dadurch würde insbesondere die digitale Lehre stark beeinträchtigt werden, was in einem Pilotprojekt im Wintersemester 2014/2015 an der Uni Osnabrück bereits sehr deutlich wurde. Da Dr. Ludwig Spaenle als Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst der KMK, welche mit der VG Wort über die Inhalte des besagten Rahmenvertrags verhandelt hat, angehört, stellt sich die Frage, welche Position die Staatsregierung in dieser Frage vertritt.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

14.12.2016 Drucksache 17/14788

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD

Drs. 17/14639

Digitale Lehre an bayerischen Hochschulen sichern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Georg Rosenthal Mitberichterstatter: Oliver Jörg

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 14. Dezember 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazolo Vorsitzender

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

15.12.2016 Drucksache 17/14848

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Helga Schmitt-Bussinger SPD

Drs. 17/14639, 17/14788

Digitale Lehre an bayerischen Hochschulen sichern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über den Anfang Oktober 2016 geschlossenen Rahmenvertrag zwischen der Verwertungsgesellschaft (VG) WORT und der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52a Urheberrechtsgesetz (UrhG) zu berichten.

Dabei sind folgende Aspekte zu beleuchten:

- Ist der Staatsregierung die Kritik der bayerischen Hochschulen am neuen Rahmenvertrag der VG WORT bekannt?
- Teilt die Staatsregierung die Auffassung der Hochschulen, dass die neue Regelung einen unverhältnismäßigen bürokratischen Arbeitsaufwand nach sich ziehen wird?
- Ist die Staatsregierung der Auffassung, dass diese neue Regelung einen positiven Einfluss auf die Digitalisierung von Lehre und Forschung an deutschen Hochschulen haben wird?
- Plant die Staatsregierung sich in Neuverhandlungen mit der VG WORT wieder für ein Vergütungsmodell nach der bewährten – und von den Hochschulen geforderten – Pauschalabrechnung einzusetzen?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor wir abstimmen, weise ich noch auf Folgendes hin: Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat in seiner Sitzung am 13. Dezember die an Nummer 3 stehende Verfassungsstreitigkeit zum Volksbegehren "Nein zu CETA!" beraten und seine Beschlussempfehlung hierzu auf Drucksache 17/14778 abgegeben. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat gestern die Beratungen zu den Listennummern 16 bis 19 abgeschlossen und ebenfalls seine Beschlussempfehlungen abgegeben. Die Voten sind in der für Sie aufgelegten Liste enthalten. Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, die Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 13)

Ε ς	hec	-	ıtor	٠.

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Einleitung einer Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte-COM (2016) 127 final

BR-Drs. 116/16

Drs. 17/12329, 17/14659 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Beschäftigung und Soziales, Wirtschaft und Finanzen: Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte 08.03.2016 – 31.12.2016 Drs. 17/12534, 17/14652 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Verfassungsstreitigkeit

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. November 2016 (Vf. 60-IX-16) betreffend

Vorlage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 23. November 2016 betreffend den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens "Nein zu CETA!"

PII/G1310.16-0011 Drs. 17/14778

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

- II. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens sind nicht gegeben.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	Α

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Waldmann, Ruth Müller u.a. SPD Barrierefreiheit in Arztpraxen realisieren Drs. 17/11622, 17/14648 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zur Lage der Frauen im Kunst- und Kulturbereich Drs. 17/12412, 17/14504 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
 Verbesserung der Schwerbehindertenrechte in Zügen der DB AG und ihrer Wettbewerber
 Drs. 17/12596, 17/14667 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Teilhabe und Selbstbestimmung garantieren – Armut verhindern: für ein gutes Bundesteilhabegesetz!
 Drs. 17/12618, 17/14683 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Joachim Unterländer u.a. und Fraktion (CSU)
Bessere Teilhabe jetzt!

Drs. 17/12629, 17/14684 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Für ein verbessertes Bundesteilhabegesetz Drs. 17/13088, 17/14685 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Martin Güll, Margit Wild u.a. SPD Angebote für Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund an Gymnasium und Realschule aufstocken beziehungsweise schaffen

Drs. 17/13212, 17/14644 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD Freie Fahrt für Carsharing-Projekte – Dringende Änderungen im aktuellen Gesetzentwurf sind erforderlich! Drs. 17/13499, 17/14668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

12.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Entlastung der Polizei: Pilotprojekt zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei (Profi-)Fußballspielen in Bayern Drs. 17/13710, 17/14645 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A	A		

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU) Flächendeckende und wohnortnahe Versorgung durch Apotheken in Bayern Drs. 17/13818, 17/14649 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wohnortnahe Versorgung mit Apotheken sicherstellen Drs. 17/13827, 17/14650 (E) [X]

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Ø	Z	Z

vermeiden!

GRÜ

GRÜ

Z

Z

FREIE WÄHLER

FREIE WÄHLER

Z

Z

15.	 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Pilotprojekt zur Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten Drs. 17/14164, 17/14646 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport 			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	
16.	Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper u.a. CSU Elektronische Semesterapparate: Urheberrechte schützen, Bürokratie ve Drs. 17/14508, 17/14785 (E)			atie ver

Votum des federführenden Ausschusses für

SPD

Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias,

Z

Digitale Lehre an bayerischen Hochschulen sichern

SPD

Z

Votum des federführenden Ausschusses für

Wissenschaft und Kunst

Martina Fehlner u.a. SPD

Wissenschaft und Kunst

Drs. 17/14639, 17/14788 (E)

CSU

CSU

Z

Ζ

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Zeitgemäße Studienbedingungen nicht verhindern: Digitale Lehre und Forschung unterstützen! Drs. 17/14665, 17/14787 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Unirahmenvertrag zum Urheberrecht reformieren – Digitalisierung der Lehre nicht ausbremsen Drs. 17/14666, 17/14786 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Auswirkung der Neuausrichtung von Air Berlin auf den Flughafen Nürnberg Drs. 17/13695, 17/14669 (E)

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Kahlschlag bei Bayerns Försterinnen und Förstern umgehend beenden – Kommunen in der Bewirtschaftung der Wälder weiterhin unterstützen Drs. 17/13030, 17/14686 (E) [X]

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

der den Antrag für erledigt erklärt hat.